

Wortprotokoll

über die 17. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 20. Oktober 2021

(öffentlich)

Oberbürgermeister Reiter

2. Bürgermeisterin Habenschaden

3. Bürgermeisterin Dietl

bfm. Stadtratsmitglieder siehe Anwesenheitsliste

ea. Stadtratsmitglieder siehe Anwesenheitsliste

ferner Mitarbeiter*innen der Verwaltung

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 20.10.2021

Oberbürgermeister Reiter

- 2. Bürgermeisterin Habenschaden
- 3. Bürgermeisterin Dietl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

Die Grünen:

StRin Berger, StR Bickelbacher, StR Brem, StRin Fuchs, StRin Dr. Gerstenkorn, StRin Gökmenoğlu, StRin Greif, StRin Hanusch, StR Krause, StRin Lüttig, StRin Lux, StRin Nitsche, StRin Pilz-Strasser, StRin Post, StR Dr. Roth, StR Schönemann, StR Schreyer, StR Smolka, StRin Stöhr, StR Süß, StR Weisenburger

CSU:

StR Agerer, StR Babor, StRin Bär, StRin Burkhardt, StR Dzeba, StR Ewald, StRin Gaßmann, StRin Grimm, StRin Kainz, StR Kaum, StR Luther, StRin Dr. Menges, StRin Mirlach, StR Pretzl, StR Reissl, StR Schall, StR Schmid, StR Stadler, StR Prof. Dr. Theiss

SPD:

StRin Abele, StRin Burger, StR Gradl, StR Hefter, StRin Hübner, StR Köning, StRin Likus, StR Mentrup, StR Müller, StR Naz, StRin Odell, StR Rupp, StRin Dr. Schmitt-Thiel, StRin Schönfeld-Knor, StR Schuster, StR Vorländer, StRin Wenngatz

AfD:

StR Stanke, StR Walbrunn, StRin Wassill

FDP:

StR Prof. Dr. Hoffmann, StRin Neff, StR Roth

DIE LINKE.:

StR Jagel, StRin Wolf

ÖDP:

StR Ruff

Freie Wähler

StR Mehling, StR Schabl

BAYERNPARTEI:

StR Progl

München-Liste:

StR Höpner

Die PARTEI:

StRin Burneleit

Rosa Liste:

StR Niederbühl

Volt:

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Stellv. Referent Kapp

Bfm. StR Biebl

Bfm. StR Dr. Böhle

Bfm. StR Bönig

Bfm. StRin Dr. Dietrich

Bfm. StR Dunkel

Bfm. StRin Frank

Stadtkämmerer Frey

Stellv. Referent Schnabel

Stadtschulrat Kraus

Bfm. StRin Kugler

Stadtbaurätin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk

Bfm. StRin Schiwy

Bfm. StRin Zurek

Inhaltsverzeichnis

OB Reiter:	7
Gemeinsames Gedenken an die verstorbenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	7
OB Reiter:	7
Veränderung in der Besetzung des Ältestenrats, Veränderung in der Besetzung von Ausschüssen	8
Genehmigung der Sitzungsprotokolle für die Monate Januar 2021 bis Juni 2021	8
Vergabe von zusätzlichen Beratungskapazitäten zur Unterstützung der Biostadt München	8
Vergabebeschluss "Beauftragung eines Bio-Regio-Managements für Lebensmittel in der Außer-Haus Verpflegung"	
Erlass von Erhaltungssatzungen nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB	9
Klimaneutrales München bis 2035	10
StR Pretzl:	10
OB Reiter:	10
Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM);	11
OB Reiter:	11
Baulandmobilisierungsgesetz, Änderungen der Vorkaufsrechtspraxis	11
StR Pretzl:	11
Coronavirus SARS-CoV-2; Fortführung der Ausweitung der Reinigung in Verwaltungs- und Betriebsgebäuden	12
StR Prof. Dr. Hoffmann:	12
WERK1.Bayern GmbH, Änderung des Gesellschaftsvertrag	12
OB Reiter:	12
StRin Wassill:	13
LHM Services GmbH, Anpassung Gesellschaftsvertrag	13
OB Reiter:	13
StR Pretzl:	13
Winterstrand/Isarstrand im Winter 2021/2022	14
StRin Dr. Menges:	14
OB Reiter:	14
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen	14
Hochhausgrenze - München fragt die Bürger:innen!	15
OB Reiter:	15
StR Ruff:	15
Neuberechnung von städtischen Gremien aufgrund des Auseinanderbrechens der bisherigen Fraktic ÖDP/Freie Wähler	
StR Mehling:	16

	OB Reiter:	. 18
	StR Ruff:	. 18
	OB Reiter:	. 18
Ve	ergabebeschluss "Beauftragung zur Konzeptentwicklung für ein "House of Food"	.19
	StRin Wassill:	. 19
	StRin Fuchs:	. 20
	StRin Dr. Schmitt-Thiel:	. 20
	StR Prof. Dr. Hoffmann:	. 21
	StR Schall:	. 21
	OB Reiter:	. 22
F	orschungsvorhaben des Bayerischen Staatsministeriums	.23
	StR Schall:	. 23
	StRin Dr. Schmitt-Thiel:	. 23
	StR Dr. Roth:	. 24
Äı	nderung der Satzung für die Bezirksausschüsse	.25
	StR Walbrunn:	. 25
	OB Reiter:	. 27
	StR Walbrunn:	. 28
	OB Reiter:	. 28
	StRin Wassill:	. 28
	OB Reiter:	. 28
R	adwegrückbau in Tempo-30-Zonen	.29
	StRin Wassill:	. 29
	StR Pretzl:	. 30
	StR Ruff:	. 30
	StR Gradl:	. 31
	StRin Lux:	. 31
	StR Roth:	. 32
	OB Reiter:	.32

Beginn: 09:18 Uhr **Vorsitz:** OB Reiter

OB Reiter:

Im Rahmen eines Pilotprojekts werden wir die Stadtratsdebatte im Livestream heute erstmals in Gebärdensprache übersetzen. - (Allgemeiner Beifall) - Das ist wirklich ein Fortschritt. Ich finde es gut. Ich habe das schon einmal in meiner Bürgersprechstunde probiert, und es hat wirklich gut funktioniert. Wir müssen das tun. Das sind die Zeichen der Zeit.

Gemeinsames Gedenken an die verstorbenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

OB Reiter:

Ich darf Sie bitten, uns gemeinsam zu erheben und unserer Verstorbenen zu gedenken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, traditionell gedenken wir heute den im vergangenen Jahr verstorbenen Kolleginnen und Kollegen der Stadt. Unsere Gedanken sind bei ihren Familien und Angehörigen. Wir werden ihnen immer ein ehrendes Andenken bewahren. Vielen Dank.

Veränderung in der Besetzung des Ältestenrats,
Veränderung in der Besetzung von Ausschüssen

torania orang in dor boote and grace orange,
Veränderung in der Besetzung von Ausschüssen
Aktensammlung Seite 2185
Beschluss:
Nach Antrag
Genehmigung der Sitzungsprotokolle für die Monate Januar 2021 bis Juni 2021
Concininguity der Oitzungsprotokone für die Monate Gandar 2021 bis Gan 2021
Aktensammlung Seite 2187
Beschluss:
Nach Antrag
Vergabe von zusätzlichen Beratungskapazitäten zur Unterstützung der Biostadt München
Aktensammlung Seite 2193
Beschluss (gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI und AfD):
Nach Antrag

Vergabebeschluss "Beauftragung eines Bio-Regio-Managements für Lebensmittel in der Außer-Haus-Verpflegung"

Aktensammlung Seite 2195

Beschluss (gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI und AfD):

Nach Antrag

Erlass von Erhaltungssatzungen nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB in den Stadtbezirken 4, 11 und 12

Antrag Nr. 990 von DIE LINKE./Die PARTEI vom 02.02.2021 Antrag Nr. 1156 von DIE LINKE./Die PARTEI vom 09.03.2021

Aktensammlung Seite 2215

Beschluss (gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI und AfD):

Nach Antrag

Klimaneutrales München bis 2035 Diverse Anträge

Aktensammlung Seite 2217

StR Pretzl:

Wir möchten Punkt 7 des ursprünglichen Referentenantrags zur Abstimmung stellen.

Die als Änderungsantrag eingebrachte Ziffer 7 des ursprünglichen Referentenantrags wird gegen die Stimmen von CSU und Freie Wähler **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von CSU, Freie Wähler, FDP - BAYERNPARTEI und AfD **beschlossen**.

Erklärung zur Abstimmung:

OB Reiter:

- (Zurufe) - Die Erklärungen lauten jeweils wie im Ausschuss.

Abfallwirtschaftsbetrieb M	lünchen (AWM)
Abfallgebühren 2021 bis 2	2024

Aktensammlung Seite 2223

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

OB Reiter:

- (Zuruf von StRin Wassill) - Die AfD erachtet die gegenderte Sprache in Satzungen für unnötig.

Baulandmobilisierungsgesetz, Änderungen der Vorkaufsrechtspraxis

Aktensammlung Seite 2229

StR Pretzl:

Wir bitten um gesonderte Abstimmung der Ziffern 1, 2 und 3.

Die Ziffern 1 und 2 des Antrags der Referentin werden gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI und AfD **beschlossen**.

Ziffer 3 des Antrags der Referentin wird gegen die Stimmen von CSU, FDP - BAYERN-PARTEI, Freie Wähler und AfD **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag der Referentin gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI und AfD **beschlossen**.

Coronavirus SARS-CoV-2; Fortführung der Ausweitung der Reinigung in Verwaltungs- und Betriebsgebäuden

Aktensammlung Seite 2231

Beschluss (gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI und AfD):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Ich verweise auf die Stellungnahme der Kämmerei.

WERK1.Bayern GmbH, Änderung des Gesellschaftsvertrag

Aktensammlung Seite 2235

Beschluss (gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI und AfD):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

OB Reiter:

- (Zuruf aus den Reihen der CSU) - Die CSU erklärt es wie im Ausschuss.

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Guten Morgen. Wir sind hier ebenfalls gegen die Änderung der Gesellschaftsverträge, weil wir das Gendern nicht für notwendig erachten. In juristischen Texten hat es nichts verloren. Es hält nur auf. Danke schön. Das Gleiche gilt auch für den nächsten Punkt.

LHM Services GmbH, Anpassung Gesellschaftsvertrag

Aktensammlung Seite 2237

Beschluss (gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI, ÖDP/München-Liste und AfD):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

OB Reiter:

- (Zurufe von StR Ruff und StR Prof. Dr. Hoffmann) - Die ÖDP und FDP erklären es wie im Ausschuss. Sie sind mit der Besetzung nach d'Hondt anstatt Hare-Niemeyer nicht einverstanden.

StR Pretzl:

Erklärung wie im Ausschuss.

Winterstrand/Isarstrand im Winter 2021/2022

Aktensammlung Seite 2247

Beschluss (gegen die Stimmen von CSU, FDP - BAYERNPARTEI, ÖDP/München-Liste, Freie Wähler, AfD und StRin Wolf):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Dr. Menges:

Erklärung wie im Ausschuss.

OB Reiter:

Ich denke, das gilt für alle Beteiligten.

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten B 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 11, 12, 14, 15, 18, 22, 23 und 24 werden **einstimmig beschlossen**.

(Aktensammlung Seite 2199 - 2246)

Hochhausgrenze - München fragt die Bürger:innen! Dringlichkeitsantrag Nr. 2035 von ÖDP/München-Liste für die Vollversammlung am 20.10.2021

Aktensammlung Seite 2249

OB Reiter:

Zu diesem Dringlichkeitsantrag kann ich gleich deutlich sagen: Die Rechtsabteilung bewertet ihn als absolut nicht dringlich. Es ist in keinem Punkt dargelegt, warum das Thema nicht in einem der nächsten Ausschüsse behandelt werden kann. Ich spreche mich damit schon aus rein formalen Gründen gegen die Dringlichkeit aus.

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten heute sehr wohl schon darüber entscheiden, ein Ratsbegehren zur Hochhausthematik auf den Weg zu bringen. Sachlich gesehen ist es notwendig, das in engen Zusammenhang mit dem momentan laufenden Bürgerbeteiligungsverfahren zu setzen. Ein Ratsbegehren braucht Vorbereitungszeit. Je enger es an das Ergebnis bzw. die Endrunde der Bürgerbeteiligung geknüpft wird, desto wertvoller ist es. Insofern ist es vielleicht rechtlich nicht notwendig, aber sachlich geboten, schnell zu einer Entscheidung zu kommen. Aus diesem Grund ist das Thema aus unserer Sicht absolut dringlich.

Dem Dringlichkeitsantrag wird die Dringlichkeit gegen die Stimmen von ÖDP/München Liste, DIE LINKE./Die PARTEI und AfD **nicht zuerkannt**.

Der Antrag wird als regulärer Antrag innerhalb der üblichen Fristen behandelt.

Neuberechnung von städtischen Gremien aufgrund des Auseinanderbrechens der bisherigen Fraktion ÖDP/Freie Wähler Veränderung in Verwaltungsbeiratsgebieten und weiteren Gremien aufgrund des Auseinanderbrechens der Fraktion ÖDP/Freie Wähler

Aktensammlung Seite 2189

StR Mehling:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Die Freien Wähler verwahren sich mit Nachdruck gegen immer neue Versuche, die Beendigung der ehemaligen Fraktion ÖDP/Freie Wähler zu umschreiben. In der Beschlussvorlage des Direktoriums wird nun der Begriff "Auseinanderbrechen" verwendet. Das ist der neueste in dieser Serie. Tatsache ist: Die ehemalige Fraktion wurde von der Mehrheit ihrer Mitglieder demokratisch aufgelöst. Man könnte auch sagen: liquidiert. Ich stelle deshalb den mündlichen Änderungsantrag, in der vorliegenden Beschlussvorlage durchgängig "Auseinanderbrechen der Fraktion ÖDP/Freie Wähler" durch "Auflösung der Fraktion ÖDP/Freie Wähler" zu ersetzen.

Nach Auflösung der Fraktion ÖDP/Freie Wähler, die de facto ab diesem Zeitpunkt nicht mehr existierte, wurde durch den gleichen Personenkreis, der die alte Fraktion aufgelöst hatte, die neue Fraktion ÖDP/München-Liste gegründet. Daraus eine Rechtsnachfolge für die aufgelöste Fraktion abzuleiten, ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar und nahe an einer argumentativen Rechtsbeugung.

Ebenso stellt der Versuch, die Auflösung der Ausschussgemeinschaft Freie Wähler/BAYERNPAR-TEI/AfD aus dem Jahre 2013 mit der vorgenannten Auflösung der Fraktion ÖDP/Freie Wähler zu vergleichen, ein nicht nachvollziehbares Konstrukt dar. Damit wird eine Ausschussgemeinschaft mit einer Fraktion gleichgesetzt. In Konsequenz müssten zukünftig alle Ausschussgemeinschaften zumindest einen Sitz im Ältestenrat erhalten. Eine spannende Utopie!

Geradezu abenteuerlich ist aber schließlich folgende Argumentation: Die Tatsache, dass die vier Mitglieder der neu gegründeten Fraktion ÖDP/München-Liste auch Mitglieder der aufgelösten Fraktion ÖDP/Freie Wähler waren, berechtige die neue Fraktion zur namentlichen Nachbesetzung freier Gremiensitze, die bislang von den nunmehr fraktionslosen Stadträten der Freien Wähler be-

setzt waren. Dies geschehe, um die Verwaltung im Sinne des Stadtratsbeschlusses 2020-2026/ V 00452 vom 17.06.2020 vor enormem Verwaltungsaufwand zu schützen.

Unter Punkt 5 b) dieses Beschlusses ist geregelt:

"Ändern sich die Stärkeverhältnisse der Fraktionen im Stadtrat, findet keine Neuberechnung bei den Gremiensitzen statt. (...) Die Möglichkeit der Abberufung und Neubesetzung von Stadtratsmitgliedern durch die entsendende Fraktion bleibt davon unberührt (...)."

Wie bei Auflösung und Neugründung ganzer Fraktionen oder Fraktionsgemeinschaften zu verfahren ist, wird hier nicht geregelt.

Damit die Freien Wähler nicht falsch verstanden werden: Wir erkennen an, dass uns nach den Statuten des Stadtrats als fraktionslosen Stadträten keine Gremiensitze mehr zustehen. Wir waren im Vorgang zu dem heutigen Tage auch im Schriftverkehr mit dem Direktorium stets bemüht, in dieser Sache eine rechtskonforme und verwaltungsschonende Lösung zu suchen. Die Rechtsnachfolge für die aufgelöste Fraktion ÖDP/Freie Wähler durch die neu gegründete Fraktion ÖDP/München-Liste mit der Berechtigung zur namentlichen Nachbesetzung von Gremiensitzen, die bislang durch Freie Wähler besetzt waren, ist jedoch nicht gegeben. Daran ändert auch der Versuch einer virtuellen Hinterzimmerverlosung nichts. Er hat das Ziel, auch den Fraktionen FDP - BAYERNPARTEI und DIE LINKE./Die PARTEI (verständlicherweise) den einen oder anderen Gremiensitz zukommen zu lassen.

Aus den genannten Gründen lehnen wir die Beschlussvorlage ab und behalten uns rechtliche Schritte vor.

Abschließend noch ein kleiner redaktioneller Hinweis: In Anlage 2 wird unter anderem meine Abberufung als von der ehemaligen Fraktion ÖDP/Freie Wähler benannter Delegierter in der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags vorgeschlagen. Hier sind wir nicht mehr auf der Höhe des Geschehens. Diese namentliche Benennung wurde bereits im Jahre 2020 von Mehling in Schabl geändert. In Konsequenz müsste deshalb der Kollege Schabl wieder abberufen werden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

OB Reiter:

Ich bedanke mich für den redaktionellen Hinweis und entschuldige mich gleich für das Versehen, worauf auch immer es beruht. Ansonsten kann ich Ihren Redebeitrag verstehen. Es ist für Betroffene immer so. Ich gehe aber davon aus, dass wir eine rechtskonforme Vorlage vorgelegt haben. Wenn Ihnen das Wort "Auseinanderbrechen" nicht gefällt, bin ich zu jeder anderen Diktion bereit. Wenn Sie "Auflösung" bevorzugen, können wir auch "Auflösung" schreiben - sofern das keine juristischen Folgen hat. Man muss bei diesen Worten sehr aufpassen. Ansonsten war das Wort "Auseinanderbrechen" keinesfalls wertend.

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur für die Öffentlichkeit zu Protokoll geben, dass wir im Nachgang eine Reihe von Gremien abgegeben haben. Wir besetzen die Gremien jetzt unserer Stärke entsprechend.

OB Reiter:

Vielen Dank. Wir haben das öfter im Ältestenrat diskutiert. Mit der Lösung können eben nicht alle ganz zufrieden sein. Das kann man nachvollziehen. Ich gehe aber davon aus, dass sie auf jeden Fall rechtskonform ist. Herr Mehling, natürlich bleibt es Ihnen unbenommen, rechtliche Schritte dagegen einzuleiten. So wissen wir zumindest, was ein Gericht dazu meint.

Den mündlichen Änderungsantrag würde ich übernehmen, wenn das unproblematisch ist. Ich schaue in Richtung Rechtsabteilung. Okay, das wird abgenickt.

Der modifizierte Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von StR Mehling und StR Schabl **beschlossen**.

Vergabebeschluss

"Beauftragung zur Konzeptentwicklung für ein "House of Food" durch die Biostadt München"

Aktensammlung Seite 2191

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben uns diese drei Punkte herausgesucht, in denen es immer um Bio-Food und München als Biostadt seit 2006 geht. Punkt 5 und 6 haben wir vorhin einfach abgelehnt. Die Erklärung kommt jetzt bei Punkt 4. Das Tierwohl, artgerechte Haltungskonzepte und gesunde Ernährung sind uns natürlich für unsere Münchner sehr wichtig. Wir schätzen auch die regionalen und saisonalen Lebensmittel in Deutschland.

Die AfD unterstützt dabei das Leitbild des mündigen Verbrauchers. Wir wehren uns dagegen, das Konsumverhalten staatlich zu bevormunden. Wir stehen für die Bewahrung unserer traditionellen Esskultur in öffentlichen Einrichtungen. Die Verwendung von Bio-Lebensmitteln aus der Region ist in städtischen Einrichtungen selbstverständlich wünschenswert.

Nur der Weg dorthin, wie Sie ihn mit diesen drei Punkten beschreiten, gefällt uns nicht: Zählen Sie einmal die drei Punkte zusammen: Sie kommen auf 600.000 € Beratungskosten. Drei Salamischeibchen à 200.000 € laufen hier so durch. Es geht um über eine halbe Million Euro für externe Berater, die dann in acht bis 24 Monaten hier zu Bio-Themen reden. Das erinnert leicht an die Aufträge im Verteidigungsministerium. Es gibt doch auch unentgeltliche Beratung durch entsprechende Vereine! Der BUND hat hier schon mitgeholfen. Außerdem laufen drei Projekte schon. Sie haben sie intensiv untersucht und vorgeschlagen. Warum sind hier externe Dienstleister notwendig?

Die Zielvorgaben wurden gerade neu definiert. Man kann diese Vorschläge doch auch an die städtischen Küchen weitergeben und fragen, wie und ob man das überhaupt erreichen kann. Wir sollten das nicht einfach top-down beschließen und mit teuren externen Beratungen nach unten durchdrücken. Wir sollten uns vielmehr anhören, was die Küchen in München selbst sagen.

Es ist auch die Rede von Standardmodulen, die für alle städtischen Einrichtungen erarbeitet werden sollen, und von einer Zusammenfassung von Gruppen. Dabei geht es darum, was es in einem Café zu geben hat - welchen Käsekuchen und so weiter. Das sieht mir so aus, als sollten die Berater einen Bio-Einheitsbrei festlegen, der dann allen Verpflegungsstellen der Stadt vorgeschrieben wird. Das heißt, Sie kriegen überall dasselbe. Es ist selbstverständlich beste Bioqualität, aber dasselbe. Das ist das Ende der Vielfalt in den Münchner Küchen. Das bedeutet eine Bio-Massenabfütterung. Wir halten das für einen Ansatz staatlicher Bevormundung, den wir nicht mittragen können, vor allem nicht in dem elementaren, privaten Bereich des Essens. Wo bleibt denn da die Vielfalt? Überlegen Sie mal!

Wir halten die Beratungskosten für überhöht und vermeidbar. Daher stimmen wir gegen diesen Punkt. Danke.

StRin Fuchs:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleg*innen! Dass wir mit unserer Ernährungsweise rund 25 % zu den globalen THG-Emissionen beitragen, ist kein Geheimnis. Das diskutieren wir im Umweltausschuss in jeder Sitzung. Die Agrarwende ist neben der Energie- und der Mobilitätswende ein wesentlicher Baustein. Als Kommune haben wir allerdings nur sehr begrenzte Einflussmöglichkeiten. Weder können wir Ackergifte flächendeckend verbieten, noch EU-Agrarsubventionen steuern. Leider, muss man manchmal sagen. Aber so ist es eben.

Die Handlungsmöglichkeiten, die wir haben, sollten wir jedoch nutzen - und zwar jede einzelne. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste) - Mit dem Aufbau eines Beratungsangebotes und der Konzeption und vor allem auch Umsetzung eines House of Food gehen wir einen sehr großen Schritt. Es geht darum, regionale und ökologische Erzeuger*innen mit den Chef*innen von Großküchen und -kantinen zusammenzubringen. Wir fördern damit die Direktabnahme. Außerdem beraten wir sie natürlich auch, wie sie ihren Bio- und damit auch ihren pflanzenbasierten Anteil weitestgehend kostenneutral steigern können. Wir danken dem Referat für diese Vorlage. Wir freuen uns sehr auf das Konzept und viel mehr noch auf die Umsetzung. Herzlichen Dank. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

StRin Dr. Schmitt-Thiel:

Guten Morgen, Herr Oberbürgermeister, guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann den Worten meiner Vorrednerin Mona Fuchs natürlich zustimmen. Das ist eine wunderbare Vorlage. Als Antwort auf Frau Wassill wollte ich aber noch zwei oder drei Zahlen ins Spiel bringen. Es

geht hier eben nicht nur um städtische Kantinen, sondern auch um eine gute Ernährung an unseren Schulen und Kitas. In über 1 450 Kitas und über 350 Schulen kommen einige junge Menschen zusammen, die gute Ernährung verdient haben. Es gibt jede Menge Beratungsbedarf, wie man mit dem knappen vorhandenen Budget weiterhin tolles Essen auf den Tisch bekommt.

Ich glaube, eine halbe Million für alle drei Anträge zusammen ist wirklich nicht zu hoch gegriffen. Ich freue mich sehr, dass wir für diese sehr große Stadt weiter daran arbeiten können. Wir können ein Vorbild dafür bleiben, artgerechte Tierhaltung und klimaverträgliche Ernährung zusammenzubekommen. Und keine Sorge: Es schmeckt auch! Danke schön. - (Beifall von SPD/Volt)

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir werden die Vorlage ebenfalls ablehnen - allerdings nicht aus inhaltlichen, sondern aus rein finanziellen Gründen. Wir sind der Meinung, die 600.000 € in diesen drei Anträgen sind sehr viel Geld für reine Beratungsleistungen. Wir haben die beiden anderen ebenfalls abgelehnt.

Im Übrigen finden wir Folgendes überhaupt nicht verständlich: Einerseits diskutieren wir immer darüber, dass die Vollversammlungen kürzer werden sollen. Andererseits kommen solche Punkte in den A-Teil, weil der Ausschuss angeblich nicht stattfinden konnte. Es ist bei diesem Punkt genauso wenig wie bei den Hochhäusern ersichtlich, warum das unbedingt in den A-Teil musste und nicht für eine ausführliche Diskussion in den nächsten Ausschuss vertagt werden konnte.

Das Ganze ist zwar im Haushalt schon beschlossen. Wir haben den Gesamthaushalt aber abgelehnt. Aus Konsequenzgründen lehnen wir auch diesen Punkt ab.

StR Schall:

Auch wir begrüßen die Vorlage. Wir möchten das, was wir im Grundsatzbeschluss zu der Vorlage eingebracht haben, noch einmal betonen. Natürlich ist bio und regional wichtig. Bei uns liegt der stärkere Fokus vielleicht auf regional. Deswegen möchten wir um etwas bitten, das sich im Verfahren klären wird. Wir haben auch schon im Grundsatzbeschluss darum gebeten, die regionalen Erzeuger bzw. die Agrarwirte aus München und der Umgebung noch stärker einzubinden, damit das Essen möglichst nah aus der Region kommt. So vermeiden wir Transporte und damit auch CO₂-Ausstoß. Auf diese Weise halten wir den Footprint unseres Essens möglichst niedrig. Vielen Dank. - (Beifall der CSU)

OB Reiter:

Danke für die kurzen Wortbeiträge. Es gibt eine einfache Begründung, warum das im A-Teil gelandet ist: Der entsprechende Umweltausschuss hat nicht stattgefunden, weil wir den legendären IAA-Ausschuss hatten. Dieser war dramatisch wichtiger als der Umweltausschuss. Deswegen sind diese Beschlüsse im A-Teil gelandet und wurden nicht vorberaten. Es handelt sich um Vergabebeschlüsse. Die Referentin hat gesagt, sie müssten auf die Tagesordnung. Sonst wären sie natürlich nicht in den A-Teil gekommen und vermutlich auch nicht aufgerufen worden

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI und AfD beschlossen.

Forschungsvorhaben des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz zur Luftfilterung an der Landshuter Allee

- Bekanntgabe -

Aktensammlung Seite 2197

StR Schall:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur einige Aspekte ansprechen. Wir begrüßen dieses Forschungsprojekt natürlich sehr. Es hat schon einen langen Vorlauf. Wir möchten uns bei Stephanie Jacobs bedanken, die das Ganze mit dem Umweltministerium angestoßen hat. Unabhängig davon, ob irgendwann ein Tunnel gebaut worden wäre oder nicht, wäre die Durchführung dieses Projekts wichtig gewesen.

Wir sehen das Ganze nur als zweitbeste Lösung. Unserer Meinung nach hätte ein Tunnel noch eine Fliege mehr geschlagen: Die dort entstehenden Lärmimmissionen für die Anwohner hätten verringert werden können. Danke an das Referat, das das Ganze weitergeführt hat. Ich mahne aber noch einmal an: Wir hätten an dieser Stelle definitiv den Tunnel bevorzugt. Danke. - (Beifall der CSU)

StRin Dr. Schmitt-Thiel:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir freuen uns und sind gespannt auf dieses Projekt. Hoffentlich bringt es kurzfristig und sehr schnell Verbesserungen für die Anwohner. Wir sehen aber auch ganz klar, dass das nur eine vorübergehende Hilfe sein kann, um schneller an die Ziele zu kommen. Das steht auch in der Vorlage. Die Zielerreichung muss viel schneller geschehen, als ein Tunnel jemals in München gebaut worden wäre. Allerspätestens 2024 - eigentlich übermorgen - wollen wir die Ziele zur Reduktion von giftigen Stoffen bei uns in der Stadt erreichen.

Das große Ziel muss natürlich weiter bleiben, den Umweltverbund zu stärken, damit es gar keine Ursache mehr gibt und wir keine großen technischen Filter mehr aufbauen müssen, um unsere Stadt leise und sauber zu bekommen. Daran arbeiten wir gut weiter. Jetzt sind wir auf jeden Fall gespannt darauf, wie dieses wissenschaftliche Projekt vorankommt. Herzlichen Dank an das Refe-

rat, das das Vorhaben begleiten wird, aber natürlich auch an die Landesregierung für die Finanzierung. Danke schön. - (Beifall von SPD/Volt)

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Schall! Für uns ist das ebenfalls die zweitbeste Lösung. Frau Dr. Schmitt-Thiel hat es schon angedeutet: Die beste Lösung ist eine schnelle Verkehrswende zu emissionsfreien Antrieben und dem ÖPNV. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

Diesen Versuch hier finden wir sehr positiv. Der grüne Verkehrsminister von Baden Württemberg Winne Hermann hat dargestellt, dass die NO_X-Emissionen in Stuttgart am Neckartor mit solchen Maßnahmen um 9 % reduziert wurden. Nahe an den Gebäuden waren es sogar 10 bis 19 %. Das ist relativ immens. Die Kombination aus Verkehrswende und Luftfilter kann wirken. Sie kann auch schnell Effekte zeigen - schneller als ein Tunnel theoretisch wirken würde, den wir für nicht finanzierbar und den falschen Schwerpunkt halten. Er würde die Emissionen wahrscheinlich nur verlagern. Danke für die Vorlage! Wir hoffen, der Versuch wird erfolgreich. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

Die Bekanntgabe wird zur Kenntnis genommen.

Änderung der Satzung für die Bezirksausschüsse der Landeshauptstadt München (Bezirksausschuss-Satzung) und der Geschäftsordnung für die Bezirksausschüsse der Landeshauptstadt München

1. Vorberatungen in der BA-Satzungskommission vom 16.09.2021

Aktensammlung Seite 2203

StR Walbrunn:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Wenn es schon einmal einer unserer Anträge in die Vollversammlung schafft, müssen wir natürlich ein paar Worte dazu sagen. Das gilt gerade, weil wir in den Ausschüssen nicht die Gelegenheit dazu haben.

Ich muss zugeben: Der Blick in die Beschlussvorlage war wieder ein süffisanter Genuss. Das Arsenal an Argumenten wider unseren Antrag, den Rechtsextremismusbeauftragten in den Bezirksausschüssen zu einem Beauftragten für alle Formen von politischem und religiösem Extremismus umzuwandeln, war eher bescheiden. Ich bin im Wesentlichen auf drei Argumente gekommen. Sie sind allesamt relativ schwach auf der Brust

Erstens: Man möchte den klar abgegrenzten Tätigkeitsbereich des Rechtsextremismusbeauftragten erhalten. Das ist eher lächerlich. Auch den Tätigkeitsbereich eines Extremismusbeauftragten hätte man klar abgrenzen können. Wenn es hier tatsächlich an der notwendigen Kompetenz fehlt, könnte man sich ans Innenministerium wenden, das hier bestimmt weiterhilft.

Das ist aber kein Problem. Wir können gerne noch separate Anträge für die Bestellung von Linksextremismus- und Islamismusbeauftragten einreichen. Daran solle es nicht scheitern!

Zweitens: Es wurde in einem Zwei- bis Dreizeiler vorgebracht, die Bekämpfung des Rechtsextremismus hätte im historischen Kontext eine besondere Bedeutung. Das wurde nicht näher ausgeführt. Ich nehme an, man bezieht sich auf das dunkelste Kapitel unserer Stadtgeschichte: die zwölf Jahre als Hauptstadt der Bewegung. Dieses Argument kann man sicherlich bringen. Es wäre bestimmt auch gültig, wenn die Stadt hier nicht ohnehin schon sehr aktiv wäre. Es ist ja nicht so, als wäre der Rechtsextremismusbeauftragte in den Bezirksausschüssen die einzige Instanz, die sich diesem Thema widmet. Dass die Umwandlung in einen Extremismusbeauftragten das in irgendei-

ner Form verbessert oder gar konterkariert - ich denke, das glauben Sie selber nicht. Das ist wahrscheinlich einfach ein Hilfsargument.

Drittens: Das ist das Hauptargument, auch wenn es nur von einem BA in seiner Stellungnahme so explizit ausgesprochen wurde. Vom Rechtsextremismus gehe die größte Bedrohung der Gesellschaft aus. Dazu muss man sich natürlich immer denken: Deswegen haben wir keine weiteren Ressourcen, um uns mit anderen Gefahren für die Stadtgesellschaft auseinanderzusetzen. Das sagen Sie nicht explizit. Es schwingt aber immer mit.

Das ist bemerkenswert - besonders, wenn man sich die Stellungnahme der Fachstelle für Demokratie anschaut. Darin wird argumentiert, es gebe diese latente Gefahr von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit, die implizit exklusiv dem Rechtsextremismus zugeschrieben wird. Als ob Antisemitismus unter Islamisten oder Linksextremisten nicht auftreten würde! Ich glaube, jeder, der einige Palästina-Demos verfolgt hat, wird dieses Argument nicht ganz ernst nehmen können.

Es fällt einem ehrlich gesagt auch schwer, wenn man beobachtet, wie es im Wahlkampf zu Angriffen auf Infostände kam. Kurz vor der Wahl gab es im Rahmen einer Demo einen Farbanschlag auf das Wohnhaus eines Bundestagsabgeordneten. All das war die Antifa. In diesem Fall ist es aber offensichtlich nicht menschenfeindlich, denn es richtet sich aus ihrer Sicht ja gegen die Richtigen. Das muss ich jedenfalls annehmen.

Rechtsextremismus ist mitnichten unser einziges Problem in Bayern und München. Es hatte bestimmt einen Grund, warum die Beschlussvorlage nur mit Behauptungen operiert, anstatt sich mit den von uns im Antrag vorgebrachten Daten zu befassen. Das kann Böswilligkeit sein. Vielleicht liegt es aber auch an meiner Lese- und Verständnisschwäche. Ich will es deswegen gerne an dieser Stelle noch einmal wiederholen: Auf 2 570 Rechtsextremisten kommen in Bayern 3 600 Linksextremisten. Das sind die offiziellen Zahlen. Bei den Gewaltverbrechen zwischen 2010 und 2020 haben wir praktisch Parität: 769 rechtsextremistische Fälle kommen hier auf 733. Das ist ein Überhang bei den Rechtsextremisten. In anderen Politikfeldern würde es SPD und Grünen aber bei so viel Parität wahrscheinlich ganz warm ums Herz.

In anderen Untersektionen, z. B. bei schwerer Körperverletzung, liegen die linken Fanatiker sogar vor den braunen Brüdern. Bei Brandanschlägen und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vereinigen Linksextremisten 80 % aller begangenen Straftaten auf sich. Gerade Brandanschläge sind hier interessant. Diese hatten wir erst vor Kurzem. Sie waren sehr zum Schaden von ca. 20 000

Bürgern, die unter dem Stromausfall zu leiden hatten. Hier in München ist das noch einmal ein besonderes Problem: Durch die Nichtbeachtung in den vergangenen Jahrzehnten hat sich hier eine regelrechte Wohlfühloase für den linksextremen Bodensatz der Gesellschaft gebildet. Nach Informationen des Sicherheitsreports 2020 nahm der Anteil linksextremer Straftaten im vergangenen Jahr um 55 % auf 584 Fälle zu. Gewalttaten stiegen im Einsatzgebiet sogar um 119 %. München hat damit in den vergangenen Jahren fast jede zweite in Bayern registrierte Straftat gestellt. Gratulation! Das ist natürlich auch ein Verdienst einer "Wegschaupolitik".

Zynismus zum Schluss beiseite. Man muss die Gefahren durch Neonazis ernst nehmen. Das ist keine Frage. Das haben wir auch nirgendwo bestritten - nicht im Antrag und auch nicht in unseren Wortbeiträgen. Diese elende Verharmlosung anderer Extremismen, besonders des Linksextremismus, wenn man sich auf München bezieht, ist aber schlicht und ergreifend ein Skandal. Das würde Ihnen von einer halbwegs objektiven Presse ordentlich um die Ohren gehauen werden. Seien Sie dankbar, dass das nicht der Fall ist!

Dass Sie aus machtpolitischen Gründen grundsätzlich AfD-Anträge ablehnen - geschenkt. In all den Jahren sind Sie aber nicht selbstständig tätig geworden, oder schlimmer noch: Sie hegen und pflegen mit Ihrer Politik sogar die linken Feinde der freiheitlich demokratischen Grundordnung - Stichwort Haus mit der Roten Fahne. Wir könnten hier noch mehrere Punkte ansprechen. Das ist ungeheuerlich, und daran werden wir die Bürger bei jeder Gelegenheit immer wieder erinnern. Herzlichen Dank.

OB Reiter:

Es überrascht uns nicht, dass Sie dieses Thema anders sehen als wir. Wir Demokraten stimmen darin überein, dass der Rechtsextremismus und Neonazis die größte Bedrohung für unsere Demokratie sind. - (Beifall) - Das können Sie natürlich schwer einschätzen. Ich weiß nicht, ob Sie sich bei den von Ihnen genannten Zahlen selbst dazugerechnet haben.

Die demokratischen Vertreter im Stadtrat sind sich jedenfalls darin einig, in den Bezirksausschüssen einen Beauftragten gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus zu haben. Wir werden uns durch Ihren Wortbeitrag nicht davon abhalten lassen - selbst wenn Sie ihn jetzt wiederholen.

StR Walbrunn:

Ich muss ihn gar nicht wiederholen. Ich verweise für die Zuschauer am Livestream darauf, dass der Herr Oberbürgermeister es nicht geschafft hat, ihm mit Fakten zu entgegnen, sondern mit plumper Rhetorik.

OB Reiter:

Ach, wissen Sie... das macht es nicht besser. Ich bin sehr froh, dass am Livestream Demokratinnen und Demokraten sitzen, die wissen, wo sie Sie einzuordnen haben. - (Beifall)

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen der AfD beschlossen.

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Wassill:

Es ist rhetorisch nicht in Ordnung, wenn Sie immer von Demokratinnen und Demokraten reden. Wir sind auch demokratisch gewählt. Deswegen zählen wir selbstverständlich auch dazu. Bitte denken Sie sich ein anderes Wort dafür aus.

OB Reiter:

Dafür gibt es kein anderes passendes Wort. Aber Sie können sich darüber beklagen, wie Sie es schon öfter getan haben. Damit lebe ich sehr entspannt.

Radwegrückbau in Tempo-30-Zonen

Aktensammlung Seite 2239

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Die Vorlage zum Radwegrückbau in Tempo-30-Zonen hat sich zehn Mal geändert. An den zig aufgenommenen Ausnahmen sehen Sie, dass es nicht die beste Idee ist, so etwas zu machen.

Feste Radwege sind vor langer Zeit mit sehr gutem Grund eingerichtet worden. Der Gedanke war die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer durch räumliche Trennung, damit jeder seinen Platz auf der Straße oder dem Gehweg hat und nicht von anderen zusammengefahren wird.

Ich fahre tausend Mal lieber auf meinem Radweg und überlasse die Fahrbahn den Autos. Es ist klar, dass ich auf der Fahrbahn nicht mit ihnen konkurrieren kann. Ich habe kein Rennrad und schaffe keine 30 km/h. Wenn ich in der Tempo-30-Zone auf der Straße fahre, ist der Autofahrer hinter mir irgendwann genervt, und wenn er meint, es reicht, drückt er sich fulminant an mir vorbei. Das ist sehr schwierig und gefährlich, sofern das auf den engen Straßen in München überhaupt möglich ist.

Ich habe jahrelang in einer Versicherung Personenschäden im Rahmen der Haftpflicht abgerechnet und hatte viele Fälle von verunfallten Radfahrern auf dem Tisch. Sie haben sich oft nicht an die Verkehrsregeln gehalten, sind aber auch sehr oft auf der Fahrbahn übersehen worden. Das heißt, ich rate dringend davon ab, die Errungenschaft der aufgeteilten Verkehrsräume in unserer Stadt aus ideologischen Gründen aufzugeben. Denn eigentlich geht es Ihnen nur um Ideologie und wieder einmal um das Ausbremsen der Autofahrer.

Wenn in der Tempo-30-Zone so lahme Radfahrer fahren wie ich, wird daraus eine Tempo-20-Zone. Das ist eine Zumutung für die Autofahrer. Denken Sie an das Risiko, das Sie den Radfahrern aufbürden, wenn die genervten Autofahrer sie überholen. Sollte dann etwas passieren, sind Sie schuld, weil Sie den Antrag genauso durchgehen lassen. Danke!

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Bei der Bundeswehr habe ich immer den Spruch "Wer lesen kann, ist klar im Vorteil!" gehört, der mich furchtbar aufgeregt hat. Aber jetzt muss ich ihn selbst gebrauchen, liebe Frau Kollegin Wassill.

Es ist mitnichten so, dass die Radwege prinzipiell aufgelöst werden, sondern erst nach Rücksprache mit dem örtlichen Bezirksausschuss. In der Debatte im Mobilitätsausschuss habe ich als Beispiel den südlichen Bereich der Säbener Straße genannt, wo ein baulicher Radweg weiterhin notwendig ist. Aber es gibt auch kleine Straßen in Tempo-30-Zonen, wo solche Radwege nicht notwendig sind. Deswegen ist das kein Pauschalbeschluss. Hätten Sie weitergelesen, wüssten Sie auch, dass sie nur bei Sanierungsmaßnahmen aufgelöst werden. Also müssen Sie keine Ideologiedebatte an einer Stelle führen, wo sie nicht nötig ist.

Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil wir im Ausschuss einen Änderungsantrag gestellt haben. Dabei gab es eine gewisse Verwirrung, was vom Referenten übernommen wurde und was nicht. Nach der Abstimmung hat der Referent erklärt, er habe einen Teil doch nicht übernommen, oder es gab ein Missverständnis mit der Sitzungsleitung.

Es ging um die Forderung, dass ein Radweg nur dann zurückgebaut wird, wenn der Rückbau billiger als eine Sanierung ist. Auch da gibt es Ausnahmen - beispielsweise, wenn ein Gehweg viel zu schmal ist und verbreitert werden müsste. Aber grundsätzlich möchten wir keinen Rückbau, der mehr Geld kostet als eine Sanierung. Deswegen bringe ich diesen Änderungsantrag nochmals ein. Vielen Dank! - (Beifall der CSU)

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Auch wir bringen unseren Änderungsantrag aus dem Ausschuss nochmals ein. Er lautet:

"Radverkehrsanlagen in Tempo-30-Zonen werden derzeit nicht zurückgebaut. Bis zum 1. Quartal 2022 werden klare Planungsleitlinien für die sichere Ausgestaltung von Radvorrangrouten in Tempo-30-Zonen gemeinsam mit den Expert*innen des Radentscheids erarbeitet. Bis zum 1. Quartal 2022 werden klare Planungsleitlinien für die sichere Ausgestaltung von Schulradwegen in Tempo-30-Zonen gemeinsam mit den Expert*innen des Radentscheids und Vertreter*innen von Elternbeiräten erarbeitet.

Diese neuen Planungsleitlinien werden gemeinsam mit einem Kommunikationskonzept dem Stadtrat vorgestellt. Anschließend können gegebenenfalls Radverkehrsanlagen zurückgebaut werden, wenn die Kriterien der Planungsleitlinien erfüllt sind."

StR Gradl:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD/Volt-Fraktion sieht den Rückbau von Radwegen in Tempo-30-Zonen kritisch, weil neue Radwege für uns höchste Priorität haben. Gerade wird der Altstadt-Radlring am Thomas-Wimmer-Ring mit der entsprechenden Breite gebaut.

An zweiter Stelle stehen provisorische Radwege wie in der Elisenstraße oder der Gabelsberger Straße, gegen die der CSU-Nachrücker im Stadtrat Dr. Haberland gerade vor Gericht zieht.

Weiter unten auf der Prioritätenliste steht der Rückbau. Sollte es zu Unfällen kommen, trägt der Stadtrat keine Verantwortung. In der Straßenverkehrsordnung ist klar geregelt, dass ein Radweg nicht benutzungspflichtig ist, wenn dessen Breite unter den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) liegt. Menschen, die schneller in der Stadt unterwegs sind, haben schon jetzt die Möglichkeit, auf der Straße zu fahren.

Die grün-rote Koalition möchte das subjektive Sicherheitsempfinden - insbesondere von Familien und Kindern - gebührend berücksichtigen und hat deshalb einen umfangreichen Änderungsantrag gestellt. In Einzelfällen sollen die Radwege erhalten bleiben. Darüber soll vor Ort diskutiert werden. Der Bezirksausschuss kann eine entsprechende Empfehlung abgeben. Bei einem Dissens zwischen dem Bezirksausschuss und dem Mobilitätsreferat wird der Mobilitätsausschuss mit dem Thema befasst.

StRin Lux:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich für die Fraktion Die Grünen - Rosa Liste im Wesentlichen den Ausführungen des Kollegen Gradl anschließen. Wir danken dem Referat für seine wohlüberlegte, durch den grün-roten Änderungsantrag ergänzte Vorlage, die der Tatsache Rechnung trägt, dass wir individuelle Entscheidungen treffen müssen.

Wir dürfen den gesamten Verkehrsraum nicht nur aus einer Perspektive betrachten. An vielen Orten haben Fußgängerinnen und Fußgänger viel zu wenig Platz und können nicht sicher unterwegs sein, weil sie sich die Fläche mit ebenfalls nicht sicheren, weil viel zu schmalen Radwegen teilen müssen. Dort brauchen wir Veränderungen und schauen uns das gemeinsam mit den Leuten an, die sich vor Ort am besten auskennen: den Vertreterinnen und Vertretern der Bezirksausschüsse. Wir halten es für gut, dass dies ohne Automatismen geschieht, sondern jede individuelle Lösung auf den Prüfstand gestellt wird. Vielen Dank! - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

StR Roth:

Lieber Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns als FDP - BAYERNPARTEI ist es wichtig, dass beim Radwegausbau Maß und Mitte herrschen. Das strahlt diese Vorlage aus. Was der Kollege Gradl gesagt hat, ist richtig. Hier wird sorgfältig abgewogen, deshalb haben wir die Vorlage im Ausschuss mitgetragen.

Ich finde den Änderungsantrag der CSU gut und klug. Deshalb werbe ich wie im Ausschuss um Unterstützung. Es ist vernünftig, die Kosten abzuwägen, und es spricht nichts dagegen, diesen Grundsatz auch hier beizubehalten. Vielen Dank!

Der Änderungsantrag von ÖDP/München-Liste wird gegen die Stimmen der Antragsteller **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag der CSU wird gegen die Stimmen von CSU, FDP - BAYERNPARTEI und Freie Wähler **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen der AfD beschlossen.

OB Reiter:

Ich setze auf die Klugheit der Bezirksausschüsse vor Ort und werde mir die einzelnen Fälle anschauen. Ich habe zu dem Thema auch eine Meinung, halte sie aber zurück.

Ist die öffentliche Sitzung damit beendet? Das ist ja tieftraurig. Ich muss mich leider von der Öffentlichkeit und den Zuschauerinnen und Zuschauern am Livestream verabschieden. Das war heute

eine sehr kurze Sitzung, wir hatten auch schon deutlich längere. Sie sind herzlich eingeladen, beim nächsten Mal wieder dabei zu sein.

- Ende der öffentlichen Sitzung um 10:15 Uhr -
- Die Beratungen werden in nichtöffentlicher Sitzung fortgeführt. -

München, 20. Oktober 2021

Reiter Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München

Protokoll